

NEIN ZUR VERNICHTUNG TAUSENDER ARBEITSPLÄTZE STREIK JETZT!

Telekom - Post - AUA - ORF - Siemens

Erste österreichweite Warnstreiks zeigen, dass die KollegInnen bei der Post um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Nicht nur bei der Post geht es um die Erhaltung Tausender Arbeitsplätze. Deswegen sollte von der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF) der Streik auf die Telekom ausgeweitet werden. Auch andere Teilgewerkschaften müssen nachziehen und ihrerseits gemeinsam mit den Beschäftigten von AUA, ORF, Siemens-PSE etc. gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung kämpfen.

Die Kolleginnen und Kollegen sind bereit Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Schon im Juni bei den Betriebsversammlungen der Telekom war die Kampfbereitschaft zu spüren und zu hören. Die Demonstrationen in den letzten Wochen (Telekom, Post, Siemens) haben dies auch eindrucksvoll unterstrichen. Dass Arbeitskämpfe erfolgreich sein können, haben die Beschäftigten z. B. bei AUA und Siemens-PSE schon mehrmals gezeigt.

Nun müssen auch die FunktionärInnen in Betriebsräten, Personalvertretungen und der Gewerkschaft zeigen, dass sie sich wirklich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Es darf aber nicht nur um Sozialpläne gehen. Die Forderungen im Arbeitskampf müssen weitgehender sein. Die Zerschlagung der Infrastruktur muss verhindert werden. Dazu ist es notwendig, dass die Privatisierungswünsche der Regierung strikt abgelehnt werden. Im Gegenzug fordern wir eine Reverstaatlichung der bereits teil- oder vollprivatisierten Infrastrukturunternehmen und darüber hinaus der Schlüsselindustrie wie z. B. Rohstoffgewinnung und -verarbeitung und der Energieversorgung. Wichtig ist dabei auch eine Änderung in den Entscheidungsstrukturen dieser Unternehmen: Demokratisierung sowie Mitbestimmung von KundInnen, SteuerzahlerInnen, Bediensteten sowie Kommunen.

Genauso muss gegen die Verschlechterungen im Sozial- und Gesundheitswesen aufgetreten werden. Die Finanzierung des Sozialsystems und der Erhalt von Arbeitsplätzen muss Vorrang haben vor Milliardenbeschlüssen an die Banken und Konzerne. Es ist nicht einzusehen, dass wir für die Wirtschaftskrise bezahlen sollen und den Schuldigen Milliarden in den Rachen geworfen werden.

- Kein Kahlschlag in den Infrastrukturunternehmen
- Keine weiteren Postamtsschließungen
- Keine Abschiebungen in Personalagenturen
- Keine weiteren Privatisierungen
- Re-Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und Infrastruktur
- Gegen Verschlechterungen im Sozial- und Gesundheitswesen
- Für den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Lehrstellen

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wollen und müssen wir gemeinsam kämpfen. Mit weiteren Demonstrationen, Betriebsversammlungen und Streiks. Wenn nötig auch mit einem Generalstreik! Volle Solidarität mit den KollegInnen bei Post, Telekom, AUA, ORF, Siemens und anderen betroffenen Betrieben ist nötig!